

## INTERVIEW JÖRG LOTH

## Kassen-Chef: Medizin wird zu hoch besteuert

Den gesetzlichen Krankenkassen fehlt Geld: Die Einnahmen gehen zurück, die Ausgaben steigen. Der Chef der Krankenkasse IKK Südwest hat konkrete Forderungen, wie die Kassen zu mehr Geld kommen könnten.

Den gesetzlichen Krankenkassen droht im kommenden Jahr erneut ein Milliarden-Defizit. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat bereits angekündigt, dass die Beiträge für die Versicherten steigen werden. Wie hoch, hat er nicht gesagt. Zusätzliches Geld aus dem Bundeshaushalt werde es nicht geben. Was bedeutet das für die weitere Entwicklung der Beiträge? Darüber sprach unser Redakteur Bernd Wientjes mit dem Chef der Krankenkasse IKK Südwest, Jörg Loth.

Warum kommt es erneut zum Defizit bei den gesetzlichen Krankenkassen?

**JÖRG LOTH** Die Ausgaben steigen stärker als die Einnahmen. Die geringere Dynamik auf Seite der Einnahmen resultiert daraus, dass viele Arbeitsplätze aufgrund der Digitalisierung und Technologisierung wegfallen und es damit weniger Beitragszahler bei den Krankenkassen gibt. Die steigenden Löhne in einigen Branchen aufgrund von Tarifeinigungsmaßnahmen wirken derzeit wie ein kleines Pflaster für uns, weil die Einnahmen kurzzeitig etwas steigen werden.

Warum steigen die Ausgaben im Gesundheitswesen so stark?

**LOTH** Zum einen sind die Preise im Gesundheitswesen gestiegen. Zudem haben viele in den vergangenen Monaten in Kraft getretene Gesetze zusätzliche Ausgaben verursacht und Leistungen teurer gemacht. Zum Beispiel das Pflegepersonal-Stärkungs-Gesetz sowie das Terminservice-Gesetz, das dazu führen soll, dass Patienten schneller einen Arzttermin bekommen. Allein diese Gesetze führen zu Mehrausgaben von rund fünf Milliarden Euro



Den Krankenkassen droht im kommenden Jahr ein Milliarden-Defizit.

SYMBOLFOTO: DPA

pro Jahr. Man muss bei vielen Gesetzen kritisch hinterfragen, ob sie tatsächlich zu einer Verbesserung der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger beitragen. All diese Mehrkosten kommen zu der normalen Preissteigerung von rund 4,5 Prozent noch hinzu.

Bundesgesundheitsminister Lauterbach hat bereits angekündigt, dass die Kassenbeiträge im kommenden Jahr steigen werden. Was glauben Sie, wie die Erhöhungen ausfallen werden oder ausfallen müssen?

**LOTH** Derzeit geht man davon aus, dass den gesetzlichen Kassen im

nächsten Jahr zwischen drei und acht Milliarden Euro fehlen werden. Man kann sagen, dass eine Milliarde Euro in etwa 0,06 Beitragssatzpunkten entsprechen. Bei einem Defizit von acht Milliarden Euro würden wir von einer Erhöhung des Beitrags um 0,48 Prozentpunkte reden für das nächste Jahr. Manche Prognosen sehen die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben noch weiter auseinandergehen. Wenn nicht dagegen gesteuert wird, dann werden die Beiträge weiter steigen müssen.

Welche konkreten Forderungen haben Sie?

**LOTH** Wir brauchen vom Bund, wie

im Koalitionsvertrag vereinbart, mehr Geld zur Kompensation von Leistungen, die die gesetzlichen Krankenkassen vom Staat treuhänderisch übertragen bekommen haben, wie etwa das Bürgergeld. Für einen Bürgergeld-Empfänger bekommen wir derzeit pro Monat 110 Euro, brauchen aber im Schnitt 270 Euro. Allein, wenn diese Lücke geschlossen würde, gäbe es kein Defizit für 2024.

An welchen Stellschrauben könnte noch gedreht werden?

**LOTH** Die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel ist dringender geboten. Es kann doch nicht

sein, dass man auf Schnittblumen oder auf Tiernahrungsmittel den reduzierten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent zahlt und auf Arzneimittel 19 Prozent. Das führt zu jährlichen Mehrausgaben der Kassen von bis zu acht Milliarden Euro. In manchen Ländern wie Schweden werden Arzneimittel gar nicht besteuert, in Frankreich mit 2,1 Prozent.

Gibt es aus Ihrer Sicht die Möglichkeit, die Kassen an Einnahmen bestimmter Steuern zu beteiligen, Stichwort: Genusssteuern?

**LOTH** Eine verlässliche und zukunftsichere Finanzierung ist dadurch zu erreichen, dass die Krankenkassen an den Genusssteuern, wie zum Beispiel der Tabak- und Alkoholsteuer, beteiligt werden. Natürlich ist mir bekannt, dass Bundessteuern nicht zweckgebunden sind. Aber ich bin überzeugt, dass es Möglichkeiten gibt, eine Beteiligung der Kassen an den Genusssteuern verfassungsrechtlich sauber abzubilden. Wir sehen in der Beteiligung an diesen Steuerarten sogar die Möglichkeit, dass Verbraucher zu einer gesundheitsbewussten Lebensweise motiviert werden.

Wie realistisch ist die Umsetzung dieser Forderung?

**LOTH** Neben den Innungskrankenkassen haben sich auch andere Kassen diesem Vorschlag angeschlossen. Auch seitens der Wissenschaft haben wir Unterstützung bekommen. Deswegen bin ich zuversichtlich, dass auch in der Politik erkannt wird, dass es sinnvoll ist, die Genusssteuern mit einem Sachzusammenhang in Verbindung zu bringen.

Wenn alle von Ihnen geforderten

Maßnahmen nicht umgesetzt werden: Wohin steuert dann der Beitragssatz bei den Kassen?

**LOTH** Wenn es keine Verbesserung der Einnahmesituation gibt und der Gesetzgeber keine Lösung für eine Ausgabenreduzierung oder Effizienzverbesserung vorlegt, müssen folgerichtig die Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung weiter steigen. Dabei sind jährliche Beitragssatzsteigerungen bei vorsichtiger Prognose zwischen 0,5 und 0,8 Prozentpunkten realistisch. Und damit werden nicht nur die Versicherten, sondern auch die Arbeitgeber belastet. Nicht nur mit Blick auf die aktuell stagnierende Wirtschaft und die Belastung der Betriebe, sondern auch aufgrund der immer weiter steigenden Abgabenlast der Bürgerinnen und Bürger kann das nicht die Lösung sein. Hier sehe ich klaren Handlungsbedarf.

DAS INTERVIEW FÜHRTE  
BERND WIENTJES



Der Chef der Krankenkasse IKK Südwest, Jörg Loth. FOTO: IKK

## Mahn-Tafeln für Trierer Bischofsgruft?

Paderborn macht's, Münster macht's - und bald auch Trier? Erste deutsche Bistümer weisen in ihren Bischofskirchen auf Fehlverhalten ihrer verstorbenen Bischöfe beim Thema Missbrauch hin.

VON ROLF SEYDEWITZ

**TRIER** In Deutschland gibt es wohl kein Bistum, in dem in der Vergangenheit beim Thema Missbrauch nicht das Mäntelchen des Schweigens ausbreitet worden wäre und beschuldigte Priester gedeckt oder versetzt worden sind. Einige Diözesen sind auch ehemalige Bischöfe schon in den Fokus geraten - meist weil sie sich fürsorglich um die Täter gekümmert haben, während sie deren Opfer links liegen ließen.

Im Paderborner Dom soll künftig mit einer Hinweistafel an die Fehler früherer Bischöfe im Umgang mit Missbrauch erinnert werden. Das haben vor wenigen Tagen das Domkapitel des Erzbistums und der Vorstand des Betroffenenrates beschlossen. Die Tafel soll demnach

in der Krypta des Doms angebracht werden und auf die Verfehlungen der dort bestatteten ehemaligen Erzbischöfe Lorenz Jäger und Johannes Joachim Degenhardt aufmerksam machen. Der Text ist unmissverständlich: „Die hier beigesetzten Erzbischöfe haben während ihrer Amtszeit aus heutiger Sicht schwere Fehler im Umgang mit sexuellem Missbrauch begangen. Allzu oft haben sie Schutz und Ansehen der Institution und der Täter über das Leid der Betroffenen gestellt.“

Über einen sogenannten QR-Code, den die Besucher der Bischofsgruft mit ihrem Smartphone scannen können, werden weitere Informationen bereitgestellt. - auch zur Lebensleistung der beiden früheren Erzbischöfe.

Ähnlich wie in Paderborn gab es auch im benachbarten Münster Konsequenzen, nachdem ein Aufarbeitungsgutachten im vergangenen

Jahr Verfehlungen früherer Bischöfe ans Tageslicht gefördert hatte. Zunächst ließ das Bistum den Zugang zur Bischofsgruft im Dom vorübergehend sperren. Mittlerweile ist die Gruft wieder geöffnet; allerdings weist am Eingang ein Schild auf Fehler von Münsteraner Bischöfen im Umgang mit sexuellem Missbrauch hin.

Haben die in den Bischofskirchen von Münster oder Paderborn angebrachten Tafeln auch Vorbildcharakter für Trier? Die Trierer Bischofsgruft ist in der Krypta unter dem Domaltar. Hier sind auch die beiden zuletzt verstorbenen Bischöfe Hermann Josef Spital und Bernhard Stein begraben. Über den von 1967 bis 1980 amtierenden Bernhard Stein hatte in den zurückliegenden Jahren immer wieder Diskussionen gegeben. Die Unabhängige Aufarbeitungskommission bescheinigte ihm erst im Dezember, „Teil des Systems“ gewesen zu sein, das Missbrauchstäter gedeckt und geschützt habe. Auf den ehemaligen Trierer Bischof treffe der Vorwurf der „zumindest moralischen und systemischen Mitverantwortung“ zu. Anfang des Jahres erkannte der Stadtrat dem im Februar 1993 verstorbenen Stein die Ehrenbürgerwürde ab, vergangene Woche wurde der nach ihm benannte Bischof-Stein-Platz neben dem Trierer Dom in Platz der Menschenwürde umbenannt. Den Namensvorschlag hatte die Opfervereinigung Missbit gemacht.

Was hält Missbit denn von der Idee, nun auch mit einer Tafel im Dom auf die Verfehlungen von Stein und möglicherweise weiteren Bischöfen aufmerksam zu machen? Die Idee sei zwar „grundsätzlich gut“, sagt Missbit-Sprecherin Jutta Lehnert. Doch plädiere sie dafür, mit dem Schild

in der Bischofsgruft noch etwas zu warten. „Vielleicht kommen neben Bernhard Stein ja demnächst noch weitere Bischöfe hinzu“, meint die Missbit-Sprecherin. Bis dahin sei es ausreichend, wenn am neuen Platz der Menschenwürde mit einem Zusatzschild auf die Verfehlungen des ehemaligen Namensgebers Stein hingewiesen werde.

Die Sprecherin des Trierer Bistums verweist darauf, dass für Bischof Stephan Ackermann „zur Aufarbeitung auch unabdingbar das Thema Erinnerungskultur gehört“. Der Beraterstab des Bischofs werde in seiner nächsten Sitzung in diesem Monat Schritte dazu besprechen. Zum über zehnköpfigen Beraterstab gehören neben leitenden Bistumsmitarbeitern auch Mitglieder des Betroffenenbeirats und die Präventionsbeauftragten.

Während in Trierer Kirchenkreisen noch über erste Schritte nachgedacht wird, ist man andersorts schon einen Schritt weiter. In Münster hat eine Arbeitsgruppe aus Betroffenen, Vertretern des Diözesanrats und des Domkapitels erst vor wenigen Tagen vorgeschlagen, Bischöfe künftig nicht mehr im Dom zu bestatten. Für die Zukunft sollte es eine andere Vorgehensweise geben, die deutlich mache, dass ein neues Kapitel aufgeschlagen werde, heißt es. Die Arbeitsgruppe empfiehlt zudem, dass in der Bischofsgruft ein noch nicht belegtes Grab bewusst geöffnet wird und leer bleibt. Es könne so als „offene Wunde in der Bistumsgeschichte“ dauerhaft im Blick bleiben.

Ob diese ziemlich radikalen Vorschläge im Bistum des ehemaligen Trierer Weihbischofs Felix Genn auch umgesetzt werden, ist allerdings noch unklar.

## Ryanair: Hahn hat noch Wachstumspotential

**FRANKFURT/MAIN** (dpa) Europas größte Direktfluggesellschaft Ryanair will auch ihr künftiges Wachstum vor allem außerhalb Deutschlands organisieren. „Mit seinen hohen Kosten sticht Deutschland als Markt nicht gerade hervor. Wir stationieren unsere Flugzeuge lieber in Italien, Spanien oder anderen Standorten, in denen wir niedrigere Zugangskosten haben“, sagte die Ryanair-Repräsentantin für den deutschsprachigen Raum, Annika Ledebor. Zurzeit suche man eher in Frankreich oder Schweden neue Crews, als weitere Flugzeuge an deutschen Flughäfen zu stationieren.

Ledebor kritisierte die deutsche Luftverkehrsabgabe ebenso wie die hiesigen Gebühren für Luftsicherheit und Passagierkontrollen. Auch die Betriebskosten an den deutschen Flughäfen seien vergleichsweise hoch. In der Folge hätten sich Ryanair und weitere Low-Cost-Airlines vom deutschen Markt abgewandt. Auch spiele die starke Marktposition der Lufthansa eine Rolle. Statt einmal 52 Maschinen haben die Iren hierzulande nur noch 29 Boeings an sieben Standorten stationiert. Insgesamt werden in Deutschland noch 14 Flughäfen angefliegen.

Der Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) bestätigte die Aussagen mit seiner jüngsten Verkehrsprognose für das zweite Halbjahr. Danach wird das Sitzplatzangebot in Deutschland den Vorkrisenwert aus 2019 nur zu 85 Prozent ausmachen, während der Luftverkehr im übrigen Europa wieder vollständig das Ausmaß von 2019 erreicht. Das liegt insbesondere am geringeren Angebot der Punkt-zu-Punkt-Airlines wie Ryanair, die hierzulande nur 25 Prozent des Angebots ausmachen, während sie in Europa für 39 Prozent des Verkehrs stehen.

Der Flughafenverband ADV verlangte eine spürbare Reduzierung der Kosten, um die Wettbewerbsgleichheit mit den europäischen Nachbarn wiederherzustellen. Regulative Abgaben und Gebühren machten bereits mehr als 30 Prozent der Standortkosten aus. So verlören die deutschen Flughäfen Marktanteile. Laut BDL-Statistik sind aber auch in Deutschland einzelne Flughäfen wie Dortmund, Düsseldorf-Weeze, Hahn und Karlsruhe stark gewachsen und übertreffen das Vor-Corona-Niveau teils deutlich. Dort hatten Punkt-zu-Punkt-Airlines ihr Angebot gegen den Trend ausgebaut.

Der deutsche Luftverkehrsmarkt werde auch mittelfristig hinter der europäischen Entwicklung zurückbleiben, meinte die Ryanair-Managerin Ledebor. „Wenn es schon im laufenden Jahr, in dem sehr viele Menschen reisen wollen, mit der Aufholjagd nicht klappt, werden die Probleme länger anhalten.“ Die Folge des fehlenden Wettbewerbs seien überdurchschnittlich hohe Ticketpreise und ein geringeres Streckenangebot. Zudem werde der stark geschrumpfte innerdeutsche Luftverkehr das alte Niveau absehbar nicht mehr erreichen, weil viele Geschäftsreisende ausgewichen seien.

Ryanair will auch in den kommenden Jahren stark wachsen und die Passagierzahl von geplanten 185 Millionen im laufenden Geschäftsjahr auf 225 Millionen im Jahr 2026 steigern. Daraus ergäben sich im unterdurchschnittlichen Maß auch Wachstumschancen für deutsche Flughäfen. „Potenzial sehen wir beispielsweise in Nürnberg, Düsseldorf-Weeze oder am Hahn in Rheinland-Pfalz“, sagte Ledebor.

Produktion dieser Seite:  
Marius Kretschmer



In der Bischofsgruft im Trierer Dom ist auch der 1993 verstorbene Bernhard Stein beerdigt. Sein Grab (vorne rechts) ist neben dem von Alt-Bischof Hermann Josef Spital.

FOTO: ROLAND MÖRGEN